

Hauptsatzung

der Gemeinde Hemmingstedt

Kreis Dithmarschen

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 08.04.2024 und mit Genehmigung des Landrats des Kreises Dithmarschen folgende Hauptsatzung für die Gemeinde Hemmingstedt erlassen.

§ 1

Wappen, Flagge, Siegel

(zu beachten: § 12 GO)

- (1) Das Wappen der Gemeinde zeigt:
Gesenkt geteilt, oben in Silber wachsend und schräg gekreuzt eine an der Kreuzungsstelle zerbrochene, das holsteinische Nesselblatffähnchen tragende, schwarze Lanze und eine schwarze Hellebarde, unten in rot ein goldener Brand.
- (2) Die Gemeindeflagge zeigt:
Im Liek das Gemeindegewappen ohne Schild in flaggengerechter Tingierung. Im fliegenden Ende 11 abwechselnd rote und weiße waagerechte Streifen.
- (3) Das Dienstsiegel der Gemeinde zeigt:
Das Gemeindegewappen mit der Umschrift „Gemeinde Hemmingstedt, Kreis Dithmarschen“.
- (4) Die Verwendung des Gemeindegewappens durch Dritte bedarf der Genehmigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

§ 2

Einberufung der Gemeindevertretung

(§ 34 Abs.1 Satz 3 GO)

Die Gemeindevertretung soll an jedem zweiten Montag eines Monats einberufen werden, spätestens alle 2 Monate.

§ 3

Bürgermeisterin oder Bürgermeister

(zu beachten: §§ 16 a, 27, 28, 34, 35, 43, 47, 50, 51, 76, 82, 84 GO)

- (1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie oder er entscheidet ferner über:
 1. Stundungen bis zu einem Betrag von 5.000 €,
 2. den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 3.000 € nicht überschritten wird,
 3. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 5.000 € nicht überschritten wird,

4. den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 8.000 € nicht übersteigt,
5. den Abschluss von Leasingverträgen, soweit der monatliche Mietzins einen Betrag von 500 € nicht übersteigt,
6. die Veräußerung und die Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 25.000 € nicht übersteigt,
7. die Veräußerung von Grundstücken in rechtsgültigen Bebauungsplänen, soweit der Wert 100.000 € nicht übersteigt,
8. die Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 5.000 €,
9. die Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 8.000 €,
10. die Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden bis zu einer monatlichen Miete/Pacht von 500 €,
11. die unentgeltliche Veräußerung von Gemeindevermögen, Forderungen und Rechten bis zu einem Betrag von 1.000 €,
12. die Gewährung von Zuweisungen und Zuschüssen bis zum Betrag von 500 €,
13. die Ausübung von Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten der Gemeinde nach den Bestimmungen des BauGB und des LNatSchG,
14. die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts,
15. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach dem BauGB
16. im Rahmen des Stellenplans die Einstellung, Entlassung und Eingruppierung des Personals der Kindertagesstätte bis zur Entgeltgruppe S 8a im ,Einvernehmen mit der Kitaleitung und den Ausschussvorsitzenden des Finanz-, Personal- und Brandschutzausschusses und des Schul-, Kita- und Kulturausschusses.

§ 4

Aufgaben der Gemeindevertretung (zu beachten: §§ 27, 28 GO)

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 Gemeindeordnung zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie sie nicht auf die Bürgermeisterin/ den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

§ 5

Ständige Ausschüsse (zu beachten: §§ 16 a, 45, 46, 92 Abs. 5 GO)

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:

a) Finanz-, Personal- und Brandschutzausschuss

<u>Zusammensetzung:</u>	7 Mitglieder
<u>Aufgabengebiet:</u>	Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanungen, Steuer-, Gebühren- und Abgabensatzungen, Liegenschaften, Prüfung des Jahresabschlusses, Personalangelegenheiten, Brandschutz, Pacht- und Konzessionsverträge

b) Bau-, Planungs- und Wirtschaftsausschuss

<u>Zusammensetzung:</u>	7 Mitglieder
<u>Aufgabengebiet:</u>	Bau- u. Planungswesen, SUK, Baulandbeschaffung, Wirtschaftsförderung, Ortsgestaltung, Gewerbepark

c) **Straßen-, Wege- und Umweltausschuss**

Zusammensetzung: 7 Mitglieder
Aufgabengebiet: Straßen- u. Wegewesen, Umweltschutz, Naturschutz, Umweltschutz, Flurbereinigung, Straßenreinigung und -beleuchtung, Bauhofangelegenheiten, Gehwege, Schmutz- und Regenwasserkanalisation

d) **Sport- und Jugendausschuss**

Zusammensetzung: 7 Mitglieder
Aufgabengebiet: Sportanlagen und sportliche Einrichtungen, Schwimmbad, Jugendzentrum, Jugendförderung, Spielplätze

e) **Schul-, Kita- und Kulturausschuss**

Zusammensetzung: 7 Mitglieder
Aufgabengebiet: Schul-, Kita- und Kulturwesen, Förderung der örtlichen Vereinigungen und Verbände, Veranstaltungen, Kindertagesstätten

f) **Sozialausschuss**

Zusammensetzung: 7 Mitglieder
Aufgabengebiet: Soziale Alten- und Jugendhilfe, Hilfsstationen

(2) In die Ausschüsse a) bis f) können Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören können; ihre Zahl darf die der Gemeindevertreterinnen und -vertreter im Ausschuss nicht erreichen.

(3) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 9 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.

(4) Die Zahl der Ausschusssitze kann sich durch Anwendung des § 46 Abs. 1 und 2 GO (Überproportionalitätsmandate, beratendes Mandat) erhöhen. Als zusätzliche Mitglieder im Sinne des § 46 Abs.2 GO können auch zur Gemeindevertretung wählbare Bürgerinnen und Bürger entsandt werden.

(5) Den Ausschüssen werden darüber hinaus folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

1. Die Anmietung und –pachtung von Grundstücken und Gebäuden im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel ab einer monatlichen Miete/Pacht von 300 € bis zu einer Miete/Pacht von 500 €,
2. die Gewährung von Zuweisungen und Zuschüssen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel ab einem Betrag von 500 € bis 1.500 € pro Einzelfall,
3. die Benutzung gemeindeeigener Liegenschaften durch Dritte,
4. Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an gemeindeeigenen Einrichtungen im Wert bis brutto 3.000 € im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel,
5. den Erwerb von Vermögensgegenständen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel bis 1.200 € durch die Vorsitzenden.

§ 6

Gleichstellungsbeauftragte

(zu beachten: § 22 a Amtsordnung, § 2 Abs. 4 GO)

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Heider Umland kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Teile von Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. Ihr ist in Angelegenheiten ihres Aufgabengebietes auf Wunsch das Wort zu erteilen.

- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte trägt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gemeinde bei. Sie ist dabei insbesondere in folgenden Aufgabenbereichen tätig:
- Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit der Gemeindevertretung,
 - Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkung für Frauen, z.B. auch bei Aufstellung eines Bebauungsplanes,
 - Mitarbeit an Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Gemeinde,
 - Anbieten von Sprechstunden und Beratung für hilfesuchende Frauen,
 - Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um frauenspezifische Belange wahrzunehmen.
- (3) Sie ist im Rahmen ihres Aufgabenbereichs an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass ihre Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.
- (4) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in ihrem Aufgabenbereich eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dabei ist sie nicht an Weisungen gebunden.

§ 7

Einwohnerversammlung

(zu beachten: § 16 b GO)

- (1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner einberufen. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt durchgeführt werden.
- (2) Für die Einwohnerversammlung ist eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.
- (3) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit auf bis zu 5 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus. Sie oder er kann verlangen, dass sich die Anwesenden als Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeinde ausweisen.
- (4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mehr als der Hälfte der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss mindestens enthalten:
1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 2. die ungefähre Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
 3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und
 5. das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

(6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§8
Verträge nach § 29 GO
(zu beachten: § 29 Abs.2 GO)

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen oder -vertretern, Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen oder -vertreter, Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, die keinen öffentlichen Auftrag im Sinne des geltenden Vergaberechts zum Gegenstand haben, sind ohne Zustimmung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 8.000 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 800 € halten. Verträge, die die Vergabe eines öffentlichen Auftrages zum Gegenstand haben, sind ohne Zustimmung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn die Auftragsvergabe unter Anwendung des für die jeweilige Auftragsart geltenden Vergaberechts erfolgt ist und der Auftragswert den Betrag von 25.000 €, bei wiederkehrenden Leistungen einen Betrag von 2.500 € im Monat, nicht übersteigt. Erfolgt die Auftragsvergabe unter den Voraussetzungen des Satzes 2 im Wege der Verhandlungsvergabe oder im Wege des Direktauftrages, ist der Vertrag ohne Beteiligung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn der Auftragswert den Betrag von 25.000 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 2.500 € nicht übersteigt.

§9
Verpflichtungserklärungen
(zu beachten: § 51 GO)

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 10.000 €, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 1.000 €, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung entsprechen.

§ 10
Veröffentlichungen
(zu beachten: Bekanntmachungsverordnung, §§ 4a, 6a und 10a BauGB)

- (1) Satzungen der Gemeinde werden durch Bereitstellung auf der Internetseite www.amt-heider-umland.de bekannt gemacht.
- (2) Jede Person kann sich Satzungen und Verordnungen kostenpflichtig zusenden lassen. Textfassungen werden außerdem unter der Adresse der Amtsverwaltung Heider Umland Kirchspielsweg 6 in 25746 Heide zur Mitnahme bereitgestellt.
- (3) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen.
- (4) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

- (5) Nach dem Baugesetzbuch erforderliche örtliche Bekanntmachungen der Gemeinde werden durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln, die sich
- a) auf dem Kreuzungsdreieck an der Büsumer Straße/Liether Straße
 - b) auf dem Dreieck Einmündung Bahnhofstraße/Königsberger Straße
 - c) auf dem Grundstück Baakenweg/Ecke Schulstraße
 - d) an der Straße Neue Anlage auf dem Grundstück Neue Anlage 27
- befinden, bekannt gemacht. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung wird zusätzlich unter der nach Abs. 1 genannten Adresse ins Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes auf www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung zugänglich gemacht.

§ 11

Sitzung in Fällen höherer Gewalt (zu beachten: § 35a GO)

- (1) Bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Gemeindevertreter an den Sitzungen der Gemeindevertretung erschweren oder verhindern, können die notwendigen Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als Videokonferenz durchgeführt werden. Dabei werden geeignete technische Hilfsmittel eingesetzt, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Bürgermeister/die Bürgermeisterin in Abstimmung mit der Verwaltung.
- (2) Sitzungen der Ausschüsse können im Sinne des Absatz 1 durchgeführt werden.
- (3) Wahlen finden in einer Sitzung nach Absatz 1 und 2 grundsätzlich offen durch Handzeichen statt. Im Falle eines Widerspruches nach § 40 Abs.2 GO finden Wahlen durch geheime briefliche Abstimmung statt. Näheres regelt die Geschäftsordnung.
- (4) Die Öffentlichkeit im Sinne des § 35 GO ist durch eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einen öffentlich zugänglichen Raum oder über das Internet herzustellen.
- (5) Die Gemeinde entwickelt ein Verfahren, wie die Einwohnerschaft im Fall der Durchführung von Sitzungen im Sinne des Absatzes 1, Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft stellen und Vorschläge und Anregungen unterbreiten können. Mit der Tagesordnung zur Sitzung im Sinne von Absatz 1 wird das Verfahren bekannt gemacht.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die Hauptsatzung vom 28.07.2014 einschl. der dazu ergangenen Änderungssatzungen treten mit Inkrafttreten dieser Hauptsatzung außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde mit Verfügung des Landrates des Kreises Dithmarschen vom 25.04.2024 erteilt.

Die Satzung wird ausgefertigt und bekannt zu machen.

Hemmingstedt, den 30.04.2024

1. Stellv. Bürgermeister

